

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates

am Mittwoch, **29.01.2014**, 18:10 Uhr - 21:20 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Christoph Kattentidt , Fatma Kirgil , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Dr. Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir , Pararajasingam Parameswaran , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Sandra Wübken , Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak ,

aus den Handlungsfeldern

Martin Gudorf , Jürgen Kupferschmidt , Heinz Lembeck ,

von der Verwaltung

Jochen Köhnke ,

für die Schriftführung

Regina Etienne ,

Es fehlte/n:

Richard-Michael Halberstadt , Manfred Kehr , Türkan Kurt , Hoang Ngan Nguyen , Kakha Tandilashvili ,

Herr Marinos eröffnete um 18.10 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Mitglieder und Gäste. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Auf sein Nachfragen hin, wurden keine Änderungen bei der Tagesordnung gewünscht.

Er entschuldigte später (nach TO1) folgende Mitglieder: Herr Manfred Kehr, Frau Türkan Kurt und Herr Richard-Michael Halberstadt. An dieser Stelle begrüßte er auch ausdrücklich die Gäste Herrn Jürgen Kupferschmidt, Herrn Heinz Lembeck und Herrn Martin Gudorf.

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Integrationsrates am 29.01.2014

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|-------------------------|--|
| | 1. Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. Anhörungen |
| <u>V/0019/2014</u>
I | 2.1. Änderung der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Münster |
| <u>V/0975/2013</u>
I | 2.2. Münster als Stadt des Friedens weiter profilieren - Ergebnisse des Fachbeirates Frieden |
| | 2.3. Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen
Anhörung |
| <u>V/0872/2013</u>
V | V/0956/2013
2.4. Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge in Münster |
| | 3. Berichte |
| | 4. Entscheidungen |
| <u>V/0035/2014</u>
V | 4.1. Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten |
| <u>V/0056/2014</u>
V | 4.2. Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes |
| | 5. Berichte aus den Ausschüssen |
| | 6. Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Marinos berichtete nun im Weiteren über verschiedene Termine, die in Münster stattfanden bzw. in den nächsten Wochen noch stattfinden werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Meldung seitens der Mitglieder. Herr Marinos erteilte Herrn Köhnke das Wort.

Herr Köhnke wünschte allen Mitgliedern ein Frohes Neues Jahr! Er bat um Verständnis, dass er heute seine Mitteilungen nur kurz halten würde und teilte mit, dass die Informationen per E-mail zu Verfügung gestellt werden.

In den Medien wurde mitgeteilt, dass künftig die Obergrenze der möglich einreisenden syrischen Staatsbürger weit nach oben gesetzt werden soll, um so noch mehr humanitäre Hilfe zu ermöglichen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0019/2014

Änderung der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Münster

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Münster wird geändert und in der anliegenden Fassung - Anlage 1 - beschlossen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Vorlage keine Kosten oder Folgekosten entstehen.

Herr Martin Gudorf stellte dem Gremium die Vorlage zur Änderung der Wahlordnung vor und beschrieb einige Fälle, bei denen es durch die Gesetzesänderung jetzt zu einer Erhöhung der Wahlberechtigten kommt. Das Gremium stellte interessierte Fragen. Außerdem wurde auch die Zusammenstellung des Integrationsrates erörtert, insbesondere die neue Regelung nach der jetzt mit Vertreterinnen und Vertretern für alle Positionen zusätzlich belegt werden.

Die ersten Listen könnten nach der nächsten Ratssitzung in 2 Wochen abgegeben werden.

Herr Marinos forderte die Mitglieder auf, über die Vorlage abzustimmen. Das Gremium stimmte einstimmig dafür, dem Rat die Annahme der Beschlussvorlage zu empfehlen.

Punkt 2.2 der Tagesordnung V/0975/2013

Münster als Stadt des Friedens weiter profilieren - Ergebnisse des Fachbeirates Frieden

Vorbemerkung:

Der vom Rat eingerichtete Fachbeirat Frieden hat die unter dargestellte Beschlussempfehlung an den Rat erarbeitet.

Die Verwaltung, die den Prozess des Fachbeirates Frieden begleitet hat, leitet diesen Beschluss in Umsetzung des Auftrages des Rates vom 14.12.2011 zur politischen Beratung weiter. Eine Stellungnahme der Fachverwaltung wurde bisher nicht eingeholt.

Folgende Empfehlungen an den Rat hat der Fachbeirat Frieden beschlossen:

„Präambel – Friedensprofil der Stadt Münster schärfen –

In Anknüpfung an die eigenen geschichtlichen Wurzeln als Stadt des Westfälischen Friedens und unter Berücksichtigung der vorhandenen Aktivitäten der Kommune, der Zivilgesellschaft und der Religionsgemeinschaften beschließt der Rat der Stadt Münster, die weitere Profil-schärfung als Stadt des Friedens unter den Leitgedanken einer Kultur des Dialogs zu stellen und unter dem Titel „Frieden durch Dialog“ zu kommunizieren.

Er lädt die Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Religionsgemeinschaften und Institutionen der Stadt Münster dazu ein, das Signet „Frieden durch Dialog“ mit Leben zu füllen.

Zur Umsetzung dieses Grundgedankens werden folgende **Beschlüsse** gefasst:

A) Für den Bereich „Bildungsarbeit und Forschung“

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Hochschulen und Fachhochschulen das Friedensprofil der Stadt Münster „Frieden durch Dialog“ ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und Vorschläge zu erarbeiten mit den Zielen:
 - eine Übersicht über bestehende Forschungsvorhaben und Lehrangebote im Themenbereich Frieden zu erstellen;
 - auf dieser Grundlage koordiniert durch das Wissenschaftsbüro bei Münster Marketing im städtischen öffentlichen Raum einen Tag der Friedensforschung zu etablieren, um Ergebnisse münsterscher Friedensforschung zu präsentieren;
 - angeregt durch das Wissenschaftsbüro bei Münster Marketing und in Kooperation mit städtischen Einrichtungen wie der Volkshochschule in regelmäßigen Abständen thematisch passende Ringvorlesungen für ein breites Publikum an Veranstaltungsorten der Stadt anzubieten;
 - angeregt durch die Stadtbücherei Münster in Zusammenarbeit mit münsteraner Verlagen eine jährliche Veranstaltung zur Präsentation einer aktuellen Veröffentlichung mit Bezug zum Friedensprofil der Stadt Münster zu etablieren.

2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - zur Umsetzung des in Art. 7 Abs. 2 der Verfassung des Landes NRW verankerten Auftrages der Erziehung der Jugend zur Friedensgesinnung eine Abfrage friedensrelevanter Aktivitäten in den Schulen durchzuführen mit dem Ziel der inter-schulischen Kooperation zur Förderung des Friedensgedankens;
 - auf dieser Grundlage eine regelmäßige, alle Schulen und Schulformen berücksichtigende und stadttöffentliche Darstellung von friedensrelevanten Aktivitäten der Schulen vorzubereiten und dabei fachkompetente Kooperationspartner aus den Bereichen Bildungsinstitutionen, Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften hinzuzuziehen;
 - ab dem Jahr 2015 einen regelmäßigen Schülerwettbewerb zum Friedensprofil der Stadt Münster „Frieden durch Dialog“ zu organisieren und durchzuführen.

B) Für den Bereich „Ortsbezogene Erinnerungsarbeit“

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die auf dem Gebiet der Friedensarbeit tätigen gesellschaftlichen Gruppen Anträge gem. § 24 GO NRW stellen werden, um an Orten und Denkmälern des Kriegsgeschehens Tafeln mit weitergehenden Informationen aufstellen zu lassen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine neue Darstellungsebene „Orte des Friedens“ für Stätten, Plätze, Mahnmale und Naturorte des Friedens in den elektronischen Stadtplan der Stadt Münster aufzunehmen. Voraussetzung dafür ist, dass die auf dem Gebiet der Friedensarbeit tätigen gesellschaftlichen Gruppen die dafür notwendige Systematik erarbeiten und zur Verfügung stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Beispiel der auf dem Gebiet der Friedensarbeit tätigen gesellschaftlichen Gruppen zu folgen und in internen und externen Publikationen etc. den eigentlichen Namen „Platz des Westfälischen Friedens“ statt des Begriffes „Rathausinnenhof“ zu verwenden.
4. Der Rat bekennt sich dazu, den Gedanken des europäischen Kulturerbesiegels für die Friedenssäle in Münster und Osnabrück unabhängig vom Ausgang des Anerkennungsverfahrens weiter mit Leben zu füllen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Stadtmarketings eine Kooperation der Friedenssäle in Münster und Osnabrück zu entwickeln und zu fördern, beispielsweise durch eine wechselseitige Web-Cam-Live-Übertragung, und mit diesem Ziel Kontakt mit der Stadt Osnabrück aufzunehmen.

C) Für den Bereich „Internationale Friedensarbeit“

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) die Bürgerschaft Münsters über die Mayors for Peace-Erklärung, den aktuellen Mitgliederstand, aktuelle Aktionen und die Weiterentwicklung von Mayors for Peace zu informieren.
 - b) die Partnerstädte in die Dialoge und die Veranstaltungen hinsichtlich Münsters im Netzwerk Mayors for Peace mit einzubinden.
 - c) Die Verwaltung wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass eine der kommenden Jahresversammlungen der Mayors for Peace Deutschland in Münster stattfindet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorhandene Ressourcen für Friedenskongresse in der Stadt Münster zu erheben und in Kooperation mit den Akteuren im kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich und von Religionsgemeinschaften und Bildungseinrichtungen ein attraktives Angebotsbündel für Organisationen und Veranstaltungen mit friedenspolitischer Ausrichtung zusammenzustellen und zu bewerben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) zu prüfen, wie – möglichst in Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück – das historische Erbe der Friedenssäle und die damit verbundene Erfahrung, dass Frieden auf dem Weg des Dialoges möglich ist, in beginnenden innerstaatlichen oder internationalen Konfliktlagen zur Geltung gebracht werden kann, z. B. durch Erklärungen oder durch Schreiben an kommunale Entscheidungsträger in Konfliktregionen.
 - b) zu prüfen, ob und inwieweit sich Münster und Osnabrück als Orte für Friedensverhandlungen auch in internationalen Konflikten anbieten können.
4. Die Partnerstädte werden eingeladen, eigene Friedenssymbole im öffentlichen Raum der Stadt Münster einzubringen.

D) Für den Bereich „Öffentliche Veranstaltungen“

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen des Online-Veranstaltungskalenders Münster die Termine der Jahresagenda „Erinnerungs- und Gedenktage“ (siehe V/0863/2011) veröffentlicht und auf gesonderten Seiten im Rahmen des Online-Auftritts der Stadt Münster erläutert werden.
2. Er beauftragt die Verwaltung,
 - a) den Online-Veranstaltungskalender weiterzuführen und einen Vorschlag für die dauerhafte Pflege des Kalenders zu erarbeiten,
 - b) jeweils zum Jahresanfang relevante Akteure im Handlungsfeld Frieden zu einem Informations- und Austauschtreffen einzuladen,
 - c) den Facharbeitskreis '1648 – Dialoge zum Frieden' um Kontaktaufnahme mit Kooperationspartnern in Osnabrück zu bitten, im Sinne des verbindenden Erbes, Friedensstädte zu sein, regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen zu etablieren.
3. Der Rat der Stadt Münster beschließt, die Richtlinien der Kulturförderung auf den Bereich „Frieden durch Dialog“ zu erweitern und dabei eine Unterstützung von Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen zum Thema Frieden und Versöhnung vorzusehen.

E) Struktur und Institutionalisierung

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit in interkulturellen Konflikten in der Stadtgesellschaft bzw. in den Stadtteilen neben den etablierten kommunalen Handlungsinstrumenten verstärkt auf das Mittel der Mediation zurück gegriffen werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, aus dem Kreis der durch den Fachbeirat Frieden besetzten Institutionen der Stadtgesellschaft eine mit fünf Personen besetzte Arbeitsgruppe Frieden, besetzt mit jeweils zwei Vertretern der Religionsgemeinschaften sowie der zivilgesellschaftlichen Friedensgruppen und einem/einer Vertreter/in des Integrationsrates der Stadt Münster, zu bilden.
Die Arbeitsgruppe Frieden soll
 - a) vorhandene Angebote in die öffentliche Kommunikation (z.B. den Online-Kalender) einbringen,
 - b) in die Stadtgesellschaft hinein dazu anregen und motivieren, kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen im Sinne des städtischen Friedensprofils „Frieden durch Dialog“ zu entwickeln bzw. in die Stadt zu holen,
 - c) die Umsetzung und Institutionalisierung dieser Sachentscheidung begleiten,
 - d) die Arbeit der Verwaltung begleiten.
3. Die Zuständigkeit des Hauptausschusses wird um den Themenkomplex „Frieden durch Dialog“ erweitert. Die Verwaltung wird beauftragt, im Hauptausschuss regelmäßig über die Umsetzung der Beschlüsse zu berichten.
4. Zur Koordinierung der Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen wird die bisher für die Geschäftsführung des Fachbeirates Frieden eingesetzte halbe Stelle stellenplanneutral bis zum 31.12.2014 weitergeführt.
5. Der Kämmerer wird gebeten, die nicht verausgabten Mittel für die Arbeit des Fachbeirates Frieden in Höhe von insgesamt 30.000 € zur Umsetzung der vorgenannten

Maßnahmen gemäß § 22 Gemeindehaushaltsverordnung in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen.“

Herr Kupferschmidt machte auf Nachfrage erneut deutlich, dass mit dieser Vorlage bisher ein kleiner Rahmen von notwendigen Mitteln abgedeckt ist (30.000 €/ Jahr in 2014), dass aber sich aus weiteren Einzelpositionen noch weitere Kosten ergeben können, die aber auch mit einer eingehenden Prüfung und einer weiteren Beschlussvorlage seitens der jeweiligen Fachämter bearbeitet werden würden. Das besondere Verfahren nutze der besonderen Aufgabe und sollte gerade so ermöglichen, dass es zu einem Ideenpool kommt. Dabei wurde schon immer begleitend fachlich beraten.

Herr Powroznik stellte den Antrag, dass im Abschnitt E die Ziffer 3 gestrichen werden solle mit der Begründung, dass damit in der Verwaltung erheblicher Aufwand entstehen würde, da die Hauptsatzung geändert werden müsse.

Herr Kupferschmidt versicherte, dass dies nicht der Fall sei. So müsste die Hauptsatzung gerade auch schon aufgrund der Änderungen in der Wahlordnung angepasst werden und warb für eine Beschlussfassung ohne eine Änderung.

Herr Powroznik nahm seinen Antrag daher wieder zurück, da mit diesem Hinweis seine Bedenken ausgeräumt werden konnten.

Ingesamt zeigten sich alle Mitglieder sehr zufrieden und bedankten sich für diese kreative Umsetzung und fachliche Begleitung der Verwaltung bei dieser ungewöhnlichen Aufgabe.

Auch Herr Marinos zeigte sich sehr zufrieden. Er rief das Gremium nun zur Abstimmung über die Vorlage auf. Das Gremium stimmte einstimmig dafür, dem Rat die Annahme der Beschlussvorlage zu empfehlen.

Punkt 2.3 der Tagesordnung

Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen

V/0956/2013

Herr Lembeck führte einige Aspekte der Vorlage aus und erläuterte die Systematik, mit der weiter an der Lösung, Flüchtlinge in Münster unter zu bringen, gearbeitet wird. Die Entscheidungen seien insgesamt sehr dringlich, besonders aber die unter Ziffer 5 („Anmietung von Objekten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)“) beschriebene Maßnahme.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es zwei Änderungsanträge gegeben hatte: Aus dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung vom 22.01.2014 und von der Bezirksvertretung Münster-West am 23.01.2014. Der geänderte Beratungsverlauf war dem nachträglich in die Beratungskette eingefügten Gremium nicht mitgeteilt worden und zur Sitzung lagen die Änderungstexte nicht vor. (Sie wurden aber nach der Sitzung nachgereicht und sind hier im Anhang nach zu lesen.)

Das Gremium diskutierte im Detail die verschiedenen Standorte und Problemlösungen. So wurde anerkannt, dass es eine städtebauliche Herausforderung für die Stadt Münster darstelle.

Herr Lembeck verwies auf den Aspekt, dass bei allem Zeitdruck, immer auch das bestehende Flüchtlingskonzept weiterhin verfolgt und begleitend fortgesetzt wird. Die proportionale Verteilung der Flüchtlinge auf die Stadtgebiete sei am Ende auch ein gewichtiger Punkt, den es zu beachten gelte.

Aus dem Gremium wurde besonders die gute Arbeit der Verwaltung, aber auch die der Parteien gewürdigt.

Herr Yesiliaprak selbst schloss sich dieser Anerkennung an, forderte aber, dass eine gemäßigte Wortwahl von Nöten sei, wenn man hier die Bevölkerung nicht aufwiegen wolle. Er meinte, dass die Häufigkeit der Pressemitteilungen zu diesem Thema schon überbordend sei. Außerdem gefalle ihm die Wortwahl nicht. Sie erzeuge Bilder in den Köpfen der Menschen, die Angst und eben nicht Verständnis und Zusammenhalt auslösen würden.

Herr Köhnke wandte ein, dass die Häufigkeit der Pressemitteilungen auch daher käme, dass man derzeit sehr aktiv in den Stadtteilen Bürgerversammlungen durchführe. Dazu würde auch jeweils berichtet werden. Dass die Presse die Informationen auf- und verarbeiten würde und dass man hierauf keinen Einfluss habe, sei allen bekannt. Die Mitteilungen seien generell gewünscht.

Herr Yesiliaprak erläuterte erneut seinen Standpunkt, den er nicht entkräftet sah. Vielmehr sei die Situation auf der Welt die, dass 45 Millionen Menschen auf der Flucht seien. Hier in Deutschland würden die wenigsten Menschen ankommen. Andere Länder hätten da ganz andere Dimensionen zu verkraften. Und mit Blick darauf, verstehe er daher die Panik in Deutschland nicht. Daher stelle er nun folgenden Antrag, der an den Rat gestellt werden solle und gab diesen schriftlich zu Protokoll:

Anregungsantrag an den Rat:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich möchte anregen, dass die Verwaltung mit dem Flüchtlingsthema in der Öffentlichkeit sensibler auftritt.

Begründung:

In den letzten Monaten haben sich die Pressemitteilungen seitens Verwaltung in Bezug auf Flüchtlinge auffallend vermehrt. Dadurch werden die Flüchtlinge instrumentalisiert und ihr Dasein als fremdartig bekräftigt und stigmatisiert. Um diesbezügliche Ängste und Panik nicht weiter zu fördern, möge die Verwaltung der Stadt Münster sensibel mit dem hiesigen Thema in die Öffentlichkeit bzw. (an) die Presse (gehen).“

Das Gremium diskutierte das Thema kontrovers. Der Eindruck anderer Mitglieder war aber, dass es in der Verwaltung eine sehr hohe Sensibilität für das Thema gibt. Auch, dass es in Münster durchaus eine Willkommenskultur gerade in der Verwaltung gäbe, die diesen Eindrücken von Herrn Yesiliaprak wieder sprächen.

Herr Köhnke führte die Arbeit der letzten 13 Jahre in diesem Bereich und den damit einhergehenden Erfolgen aus. So sei durch das Flüchtlingskonzept ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung durch Ehrenamt und Mitsprache gesichert worden. Münster würde damit im Vergleich zu vielen anderen Städten sehr gut fahren.

Herr Marinos rief zur Abstimmung über den eingereichten Antrag auf. Das Gremium verzichtete auf die erneute Verlesung. Es wurde mehrheitlich gegen den Antrag zur Anregung an den Rat gestimmt: 1 Jastimme, 11 Neinstimmen und 9 Enthaltungen.

Herr Marinos bot an, das Thema in einer der Montagsrunden zu diskutieren.

Er rief anschließend zur Abstimmung über die Vorlage auf. Das Gremium votierte einstimmig dem Rat die Vorlage – ohne Änderungen – zur Abstimmung zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster hält auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen und der gerade wegen der angespannten Lage am münsterschen Wohnungsmarkt bestehenden großen Schwierigkeiten einer Versorgung der Flüchtlinge mit angemessenem Wohnraum an dem Grundsatz einer sozialverträglichen Verteilung der Integrationsaufgaben über das Stadtgebiet fest.
2. Neben festen Flüchtlingseinrichtungen müssen in einer Übergangszeit für die Unterbringung von Flüchtlingen Überbrückungslösungen geschaffen werden. Hierzu wird auch auf einzelne im Rahmen der Konversion freigewordene Wohnstandorte zurückgegriffen. Deren Nutzung ist zeitlich auf maximal drei Jahre befristet und soll je Standort nicht mehr als ca. 40 Personen dienen.
3. Der Rat erkennt an, dass die hiervon betroffenen Stadtteile jedenfalls vorübergehend eine erhöhte Integrationsaufgabe tragen.
4. Neben den Übergangsnutzungen am Borghorstweg, an der von-Esmarch-Straße und am Hoher Heckenweg sind weitere Entlastungen der Übergangseinrichtungen erforderlich. Um die Bemühungen der Verwaltung zu unterstützen, u. a. nicht in Flüchtlingseinrichtungen residenzpflichtigen Familien Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu verschaffen, wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit der BImA über den Ankauf von Gebäuden im Bereich Gronauweg/Bentheimweg im Rahmen des Erstzugriffs zu führen.
5. Bei weiterhin steigenden Flüchtlingszahlen werden die unter Nr. 2 und Nr. 4 beschriebenen Übergangslösungen nicht ausreichen, um der kommunalen Unterbringungsverpflichtung gerecht zu werden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für diesen Fall weitere Beschlüsse erforderlich werden. Das kann bedeuten, dass in zu beschließenden Einzelfällen die unter Nr. 2 genannten Grenzen überschritten werden. Wegen der erheblichen Schwierigkeiten, Übergangsquartiere zu akquirieren, und des großen zeitlichen Vorlaufs für die Errichtung neuer Einrichtungen oder auch nur von Containerbauten wird es zunehmend wahrscheinlich, dass im Rahmen der Notfallversorgung Maßnahmen zur Unterbringung einer deutlich größeren Anzahl von Menschen ergriffen werden müssen.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen im Jahr 2014 unter Zugrundelegung der aktuellen Flüchtlingszahlen zusätzliches Personal benötigt und eingesetzt wird:
 - 0,50 Stelle EGr. 10 im Amt für Immobilienmanagement zur Beschaffung/Anmietung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten
 - 2,4 Stellen EGr. S 12 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für die sozialarbeiterische Betreuung

- 2,9 Stellen EGr. 4 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für Hauswarte
- bis zu 1,50 Stelle EGr. 8 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) zur wirtschaftlichen Betreuung der Unterbringungen

Zum Stellenplan 2015 wird die Verwaltung für den dauerhaften Bedarf auf Basis der dann vorliegenden Flüchtlingszahlen Stellenvermehrungen vorschlagen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Miet- und Betriebskosten der neu hinzukommenden Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den beteiligten Gremien zu fassen sind.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen für 2014 sind nachfolgend aufgeführt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	32.300	0,5 Stelle EGr 10
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	177.888	3,4 Stellen S 12
	11		2014	123.981	3,3 Stellen EGr. 4
	11		2014	73.905	1,5 Stellen TVöD EGr 8

Die zusätzlichen Personalaufwendungen werden so weit wie möglich innerhalb des Personalbudgets gedeckt. Sofern dies nicht gelingt, sind die Mittel über einen Nachtragshaushalt oder zum Ende des Jahres überplanmäßig bereitzustellen.

Punkt 2.4 der Tagesordnung V/0872/2013

Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge in Münster

Herr Köhnke erörterte die Vorlage und griff direkt die strittigen Punkte auf, die bereits im Vorfeld zur Vorlage diskutiert wurden. So ist die nahe räumliche Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen im Gebäude der DB Netz (Schaumburgstraße 13 / Johanniterstraße) in der Diskussion. Die Verwaltung arbeite bereits an dieser Thematik. Aber es sei unumstritten, dass es perspektivisch einen Ersatz für die Friedrich-Ebert-Straße 1 geben müsse. Von der bisherigen sozialräumlichen Verteilung, würde damit auch nicht abgewichen werden.

Diskutiert wurde auch ein Antrag nach §24 GO, der den Ratsmitgliedern zur Heidestraße Nr. 8 – 10 vorliegt. Man vertrete hier die Meinung, dass die Heidestraße ein einem reinen Wohngebiet liege. Deshalb sei eine Flüchtlingseinrichtung unzulässig. Aber die Verwaltung habe hier bereits die Einwände entkräften können. Es handele sich z.B. eben nicht um ein reines Wohngebiet sondern um ein allgemeines Wohngebiet. Dies lasse eine Flüchtlingseinrichtung zu.

Die Einwände, dass in Gelmer ein zu großes Haus im Vergleich zur Größe des Stadtteils geplant werde, konnte Herr Köhnke nicht nachvollziehen, da hier die Belegung bei 45 Personen liegen werde.

Die Frage, von welchen Gebäudeleitlinien abgewichen werden solle, wurde in der Begründung der Vorlage (Seite 6, 3. Abschnitt) beschrieben. Danach wird bei den Fenstern nur noch die Vorgabe gemacht, kein Tropenholz zu verwenden und aufgrund des Nutzungsverhaltens werden künftig Lüftungsanlagen vorgesehen, die die Schimmelbildung verhindern sollen.

Herr Köhnke betonte an dieser Stelle, dass die Multiplikatorenveranstaltungen stets ein positives Bild der Bürger und der örtlichen Institutionen abgäben. So wurde vom zuständigen Pfarrer in Angelnmodde Räume angeboten.

Auch führte Herr Marinos die Thomas-Morus-Kirchengemeinde als an, die ein positives Beispiel für die gelungene Integration und Unterbringung von Flüchtlingen in Ihrem Wirkungskreis darstellt.

Es wurde beantragt, die Abstimmung mit Änderungen aufzurufen. Herr Köhnke bat um die schriftliche Abgabe der Formulierung. Dies erfolgte nicht. Alsdann wurde zur Abstimmung von Herrn Marinos ohne Änderungen aufgerufen.

Die Vorlage wurde einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

Zum Protokoll sollte genommen werden (Diktat, keine schriftliche Vorlage), dass die Mitglieder auf die Berücksichtigung der im Sozialausschuss vorgelegten Anträge vertrauten.

In Ermangelung der vorgelegten Anträge wird hier aus der Schnellmeldung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung aus der Sitzung vom 22.01.2014 zitiert:

„Mehrere Mitglieder problematisierten die unter Ziffer 5 des Beschlussvorschlags vorgesehene Nutzung für die Unterbringung sowohl von Flüchtlingen als auch von alleinstehenden Wohnungslosen im Gebäude Schaumburgstraße 13, verdeutlichten aber ihre generelle Zustimmung zur Vorlage. Herr Stadtrat Paal stellte in Aussicht, die Verwaltung werde sich mit den Menschen im Gebiet intensiver austauschen, auch um ihre Anregungen für erforderliche und geeignete Begleitmaßnahmen für ein verträgliches Miteinander am vorgesehenen Standort und in dessen Umfeld berücksichtigen zu können. „

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Nach Entscheidung des Rates zu den Vorlagen 731/00, 731/00/E1 und 167/01, 167/01/E1 sind im Stadtgebiet entsprechend dem Bedarf Flüchtlingseinrichtungen zu errichten. Der Bedarf orientiert sich an den Zuzügen von Flüchtlingen und der Auslastung der vorhandenen Unterbringungskapazitäten.
2. Auf der dafür vorgesehenen Fläche in Sprakel, Nördlich Landwehr (östlicher Teilbereich), soll nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen eine Einrichtung für max. 50 Flüchtlinge errichtet werden. Die Baumaßnahme wird durch die Wohn + Stadtbau GmbH hinsichtlich Grunderwerb, Errichtung und Mietkonditionen ausgeschrieben und bis zur schlüsselfertigen Über-

gabe betreut. Die Stadt Münster wird die von dem Investor errichtete Einrichtung nach Fertigstellung anmieten.

3. Auf der dafür vorgesehenen Fläche in Gelmer, Schornheide, neben dem Tennisplatz, soll nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen eine Einrichtung für max. 45 Personen errichtet werden. Die Flüchtlingseinrichtung soll durch die Wohn + Stadtbau GmbH erstellt und nach Fertigstellung des Gebäudes an die Stadt Münster vermietet werden.
4. Die Wohnhäuser Heidestraße Nr. 8-10 in Angelnmodde werden durch die Stadt Münster von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) angekauft und zur Unterbringung von ca. 50 Flüchtlingen hergerichtet. Der Standort Heidestraße ersetzt den 2000/2001 festgelegten Standort im Stadtgebiet Südost am Biederlackweg, der nicht realisierbar ist. Hiermit wird die sozialräumliche Verteilung (Vorlage 731/00 ff.) zwischen den Stadtbezirken eingehalten.
5. Das Gebäude der DB Netz an der Schaumburgstraße 13 in Münster-Mitte soll als Ersatzstandort für die bestehende Einrichtung an der Friedrich-Ebert-Straße 1 zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Das Gebäude der DB Netz soll durch die Stadt Münster erworben und bis zum Erwerb angemietet werden. Sobald ausreichend Unterbringungskapazitäten vorhanden sind, wird das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1 als Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge aufgelöst. Der zweite Gebäudeteil des Gebäudes der DB Netz, mit separatem Eingang zur Johanniterstraße, soll zur Unterbringung von alleinstehenden Wohnungslosen genutzt werden. In Absprache mit der Bischof-Hermann-Stiftung, die das Haus der Wohnungslosenhilfe in Münster als Träger führt, wird die Einrichtung vom ehemaligen HUK-Gebäude an der Friedrich-Ebert-Straße zur Johanniterstraße verlegt. Dies wird in einer gesonderten Vorlage dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen vorgelegt.
6. Soweit begründet von den Gebäudeleitlinien (V/0505/2012) abgewichen werden soll, ist dies in die entsprechenden Ausschreibungen mit aufzunehmen. Es ist beabsichtigt, bei der Auswahl der Fenster keine Materialeinschränkungen vorzulegen, Ausnahme: Tropenholzverzicht.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten – einschließlich der Kosten für die persönliche Betreuung der Flüchtlinge sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten – der neuen Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligenden Gremien zu fassen sind.

Zu 2. - 3.: Die Verwaltung beabsichtigt, diese Einrichtungen nicht selbst zu errichten, sondern wie in der Vergangenheit bauen zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck sollen die Liegenschaften von den Wohnungsbauträgern erworben werden.

Zu 4. - 5.: Die Kosten für den Ankauf und die Herrichtung der Gebäude an der Heidestraße sowie an der Schaumburgstraße sind dem Rat in einer gesonderten Vorlage vorzulegen.

Mittelbereitstellung/Finanzierung

Investitionskosten fallen für die Standorte in Sprakel und Gelmer nicht an und sind deshalb weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Die Finanzierung der später anstehenden Ankaufskosten für die Gebäude im Bezirk Südost, Heidestraße 8 – 10, und im Bezirk Mitte, Schaumburgstraße 13, sowie die Miet- und Betriebskosten werden in einer gesonderten Vorlage dargestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0035/2014

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung, beantragt:
1	Gesellschaft zur Förderung der deutsch-russischen Beziehungen Münster/ Münsterland e.V. (DRG)	Russische Filmtage Münster 2014 14.03. – 31.03.2014	500,00 €	1.000,00 € Gesamtkosten: 16.350,00 €
2	Tanja Pentcheva	Gitarrenkonzert in der Taichi-Schule von Claudia Bartels, 26.01.2014	100,00 €	Kein Betrag benannt Gesamtkosten: Kein Betrag benannt
3	Zana Hagu – Kurdische Gemeinschaft Münster	Newroz-Fest in der Stadthalle Hilstrup am 22.03.2014	400,00 €	Kein Betrag benannt Gesamtkosten: 6.330,00 €
4	Upla e.V.	5. Lateinamerikanische Wochen im Rahmen der Interkulturellen Wochen Mitte Oktober – Ende November	400,00 €	1.350,00 € Gesamtkosten: 10.530,00 €
5	Upla e.V.	Teilnahme am Rosenmontagszug am 03.03.2014	150,00 €	480,00 € Gesamtkosten:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung, beantragt:
				480,00 €
6	Institut für nordische Philologie/ Skandinavistik der WWU	Projekt 1814 – Demokratisierung in Skandinavien und Europa“ 14.05.2014	150,00 €	200,00 € Gesamtkosten: 4.900,00 €
7	Rebecca Evans	Wissenschaftliche Studie - Ausstellung von wissenschaftlichen Objekten mit „modern-art-Perspektive“ Ausstellung im Büro des Integrationsrates seit dem 13.12.2013	120,00 €	Kein Betrag benannt

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 1.820,00 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsmanagement	2014	1.820,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Begründung:

Die Verwaltung legt hiermit die Auflistung der bei der Geschäftsstelle des Integrationsrates vorliegenden Anträge auf Bezuschussung von Veranstaltungen und Projekten vor, über die ein Beschluss aussteht.

Die Zuschussbeträge basieren auf Vorschlägen des Vorsitzenden des Integrationsrates.

I.V.

gez.
Thomas Paal
Stadtrat

Das Gremium kritisierte, dass der Kriterienkatalog keinerlei Erwähnung und Anwendung finden würde. Zu der Ausstellung im Büro des Integrationsrates von Rebecca Evans wurde kritisch nachgefragt, warum hier kein Antrag gestellt worden war. Dazu entgegnete Herr Marinos, dass dies lediglich dazu dienen sollte, die Bürokratie nicht auf die Spitze zu treiben. Es wurden verschiedene Vorschläge diskutiert, welche der Zuschussanträge ggf. gestrichen werden sollten und auch über die Höhe der Beiträge im Verhältnis zum Gesamtvolumen wurde diskutiert. Herr Marinos bat um weitere Vorschläge. Die Verhältnismäßigkeit – Gesamtvolumen zu Zuschuss –

begründete er damit, dass es in vielen Fällen nur zu einer symbolischen Unterstützung kommen könnte.

Es wurde von Frau Seyfferth der Antrag gestellt, die Nummer 2 und Nummer 6 von der Liste zu streichen.

Herr Powroznik stellte den Geschäftsordnungsantrag die Zuschussvorlage aus diesem Anlass zu schieben.

Dieser Antrag wurde einstimmig zugelassen. Frau Seyfferth sprach gegen den Antrag. Herr Marinos rief zur Abstimmung auf, ob die Entscheidung über die Zuschussvorlage in die nächste Sitzung geschoben werden sollte. Herr Marinos rief zur Abstimmung auf. Der Antrag von Herrn Powroznik wurde bei 3 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Yesiliaprak bat um Ergänzung der Streichungen: Er stellte den Antrag, dass auch Nummer 5 von der Liste gestrichen werden sollte.

Herr Marinos stellte fest, dass es nun 2 Anträge gäbe, über die zu entscheiden wäre: Er rief zunächst zur Abstimmung über den Antrag von Frau Seyfferth auf (Streichung von Nummer 2 und Nummer 6). Die Mitglieder stimmten diesem Antrag einstimmig, bei 3 Enthaltungen zu.

Dann rief Herr Marinos zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Yesiliaprak auf (Streichung von Nummer 5). Die Mitglieder stimmten bei 1 Ja-Stimme und 7 Neinstimmen mehrheitlich gegen den Antrag die Streichung unter Ziffer 5 (Zuschuss zum Rosenmontagszug) vorzunehmen.

Die geänderte Zuschussvorlage lautete dann wie folgt:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung, beantragt:
1	Gesellschaft zur Förderung der deutsch-russischen Beziehungen Münster/ Münsterland e.V. (DRG)	Russische Filmtage Münster 2014 14.03. – 31.03.2014	500,00 €	1.000,00 € Gesamtkosten: 16.350,00 €
2	Tanja Pentcheva	Gitarrenkonzert in der Taichi-Schule von Claudia Bartels, 26.01.2014	100,00 €	Kein Betrag benannt Gesamtkosten: Kein Betrag benannt
3	Zana Hagu – Kurdische Gemeinschaft Münster	Newroz-Fest in der Stadthalle Hilstrup am 22.03.2014	400,00 €	Kein Betrag benannt Gesamtkosten: 6.330,00 €
4	Upla e.V.	5. Lateinamerikanische Wochen im Rahmen der Interkulturellen Wochen	400,00 €	1.350,00 € Gesamtkosten:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung, beantragt:
		Mitte Oktober – Ende November		10.530,00 €
5	Upla e.V.	Teilnahme am Rosenmontagszug am 03.03.2014	150,00 €	480,00 € Gesamtkosten: 480,00 €
6	Institut für nordische Philologie/ Skandinavistik der WWU	Projekt 1814 – Demokratisierung in Skandinavien und Europa 14.05.2014	150,00 €	200,00 € Gesamtkosten: 4.900,00 €
7	Rebecca Evans	Wissenschaftliche Studie - Ausstellung von wissenschaftlichen Objekten mit „modern-art-Perspektive“ Ausstellung im Büro des Integrationsrates seit dem 13.12.2013	120,00 €	Kein Betrag benannt

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 1.570,00 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement	2014	1.570,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Herr Marinos bat das Gremium nun um Abstimmung über die geänderte Zuschussvorlage (Streichung von Nr. 2 und Nr. 6). Bei 16 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und 1 Gegenstimme wurde der geänderten Zuschussvorlage mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 4.2 der Tagesordnung V/0056/2014

Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Dem Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Spyros Marinos, wird zum Ausgleich der Auslagen, die ihm bei der Ausübung seiner Tätigkeit im Verlauf des ersten Halbjahres 2014 entstehen, eine Pauschale in Höhe von 1.500 Euro zur Verfügung gestellt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 1.500 Euro entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrations- management			
Teilfinanzplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2014	1.500,00	
Investitionsmaßnahme					
Insgesamt:				1.500,00	

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Marinos rief zur Abstimmung über die Vorlage auf. Die Mitglieder stimmten dem Beschlussvorschlag bei 1 Enthaltung einstimmig zu.

Begründung:

Dem Vorsitzenden des Integrationsrates entstehen im Rahmen der Ausübung seiner Tätigkeit gerade im Hinblick auf die vielfältigen Veranstaltungen regelmäßig Auslagen.

Zum Ausgleich dieser Auslagen wird dem Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Spyros Marinos, der Verfahrensweise der vergangenen Jahre entsprechend ein pauschaler Auslagenersatz gewährt. Wegen der am 25. Mai 2014 stattfindenden Neuwahl des Integrationsrates soll die Pauschale nur für das erste Halbjahr 2014 und zwar in Höhe von 1.500,00 € zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Beschluss soll der geübten Praxis Rechnung getragen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung**Berichte aus den Ausschüssen**

Herr Dr. Tsakalidis berichtete vom Stand der Primusschule. Die Anmeldung wird nun für Februar möglich sein. Alle Multiplikatoren sollen hier ihre Verteiler nutzen und auf diesen Termin hinweisen. Herr Marinos wies aber auch darauf hin, dass die Eltern informiert werden würden.

Frau Wübken bat an dieser Stelle, dass die Niederschriften doch zeitnah gefertigt werden sollten. Es wären jetzt noch die Monate Juli, August und September offen. Sie bat diese doch bis vor der nächsten Sitzung vorzulegen. Herr Marinos bat, die Verwaltung dazu Stellung nehmen zu lassen.

Herr Köhnke führte aus, dass es zeitnah nicht möglich war, durchgängig an den Niederschriften zu arbeiten, da die halbe Stelle auch für die Vorbereitungen und Nachbereitungen des Interkulturellen Festes genutzt werden musste und darüber hinaus Korrespondenz des Vorsitzenden,

Vorbereitungen der Sitzungen u. w. zu erledigen sei. Gab aber als mögliche Verbesserung an, dass im Gremium entschieden werden könnte, dass künftig die Niederschriften Vorrang haben sollten. Dann würde sich die Verwaltung daran auch halten.

Frau Wübken äußerte auch Ihren Unmut, dass die Protokolle sehr lang seien und in Ihrer Ausführlichkeit dann auch selbst von ihr als Leserin kaum noch zu bewältigen seien. Außerdem wären Ergebnisprotokolle sehr viel schneller zu erstellen.

Herr Köhnke gab zu bedenken, dass bisher die Ausführlichkeit gewünscht worden war, auch um den politischen Willen deutlich nach außen treten zu lassen.

Frau Wübken stellte den Antrag, dass künftig lediglich Ergebnisprotokolle erstellt werden sollten.

Herr Marinos rief zur Abstimmung über den Antrag auf. Das Gremium beschloss einstimmig, bei 5 Enthaltungen, dass künftig ein Ergebnisprotokoll der Sitzungen gewünscht wird.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Zum Fall Snowden will das Gremium ggf. einen Antrag an den Rat stellen, um ein Zeichen zu setzen. Herr Snowden sei in den U.S.A. immer noch mit der Todesstrafe bedroht und setze sich für Menschenrechte ein.

Herr Köhnke stellte die Frage an die Mitglieder des Integrationsrates: Wie soll das Interkulturelle Fest werden? Diese Frage müsste spätestens in der nächsten Sitzung geklärt werden, da bereits im April die Vorarbeiten anlaufen müssten. Wenn keine politische Initiative kommen würde, würde das Fest genauso wieder vorbereitet werden – mit vergleichbaren Kosten – oder es müsste über einen Ausfall nachgedacht werden. Dieser Hinweis käme daher mit aller Dringlichkeit von der Verwaltung an den Integrationsrat.

Frau Seyfferth schlug vor, dass für die nächste Tagesordnung dieser Punkt aufgenommen werden solle.

Herr Marinos berichtete davon, dass er künftig die Münstersche Zeitung in das Büro des Integrationsrates geliefert wird. Mit der Bestellung ist eine Prämienzahlung in Höhe von 150,00 € verbunden. Herr Dr. Tsakalidis schlug vor, dieses Geld der Stiftung Generalarmenfonds (Medizinische Flüchtlingshilfe) zukommen zu lassen. Er bat ansonsten um andere Vorschläge. Es wurden keine weiteren Vorschläge abgegeben.

Herr Marinos rief auf, über diesen Vorschlag abzustimmen. Das Gremium stimmt einstimmig bei 2 Enthaltungen für diesen Vorschlag.

Der öffentliche Teil wurde von Herrn Marinos um 21.20 Uhr beendet.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils. Herr Marinos erklärte die Sitzung um 22.25 Uhr als beendet.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Regina Etienne
Schriftführung